

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

44. Jahrgang / 55

20. März 1989

Harald B. Schäfer MdB zum Entwurf der Bundesregierung zur TA-Abfall: Halbherzige Schritte in die richtige Richtung.

Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB zu Helmut Schmidts Politiker-Kritik: Allzu selbstgerecht und selbstvergessen.

Seite 4

Klaus Kirschner MdB zur Lage der Schwerbehinderten: Trotz der Blüm-Appelle immer länger arbeitslos.

Seite 6

Halbherzige Schritte in die richtige Richtung

Zum Entwurf der Bundesregierung zur TA-Abfall

Von Harald B. Schäfer MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Ein Entwurf zur Technischen Anleitung (TA) Abfall liegt bis heute nicht vor, sondern nur der erste Teil einer TA-Sonderabfall. In diesem Bereich scheinen sich die Termine immer weiter nach hinten zu verschieben. Im Bericht der Bundesregierung über den Vollzug des Abfallgesetzes vom 27. August 1986 wird unter Punkt 2.2 Anforderungen an die Entsorgung Technische Anleitung Abfall unter anderem ausgeführt:

„Die Bundesregierung wird deshalb in der Technischen Anleitung Abfall verbindliche Zuordnungen von Sonderabfallarten zur Verbrennung oder sonstigen Verfahren der Abfallbehandlung (chemisch, physikalisch, biologisch) beziehungsweise zur Ablagerung festlegen. Die Arbeiten hierzu sind weitgehend abgeschlossen... Die Technische Anleitung Abfall wird vorrangig für die thermische Behandlung von Sonderabfällen erarbeitet. Ein Entwurf wird derzeit fachlich abgestimmt und Ende 1987 vorgelegt.“

Erst am 23. November 1988 wurde dann der erste Teil der TA-Sonderabfall zur Lagerung, chemisch-physikalischen Behandlung und Verbrennung von Abfällen als Entwurf vorgelegt. Gleichzeitig wurde angekündigt, daß der zweite Teil der TA-Sonderabfall, der Anforderungen an die oberirdische und unterirdische Ablagerung enthalten wird, voraussichtlich Mitte 1989 vorgelegt wird. Wann die Technische Anleitung Abfall, die ja die Entsorgung aller Abfälle - nicht nur der Sonderabfälle - regeln wird, insgesamt vorgelegt wird, steht in den Sternen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemmlinger Verlag
mit wertvollen Rückgaben
Recycling-Papier



Dennoch ist es begrüßenswert, daß jetzt endlich der erste Teil der TA-Sonderabfall vorliegt. Der Begriff Sonderabfall wird bisher von den Bundesländern unterschiedlich definiert. Damit die TA-Sonderabfall bundeseinheitlich vollzogen werden kann, wird mit der Sonderabfall- und Reststoffbestimmungsverordnung (Entwurf vom 3. Januar 1989) der Begriff Sonderabfall bundeseinheitlich definiert. Durch beispielhafte Einbeziehung der Industriezweige, in denen die jeweiligen Abfälle entstehen, wird versucht, den Begriff Sonderabfall möglichst eindeutig zu definieren und so zu verhindern, daß Sonderabfälle in Zukunft als Wirtschaftsgut deklariert werden können.

Diesen Versuch, den Begriff „Sonderabfall“ bundeseinheitlich unzweideutig zu definieren, möchte ich ausdrücklich begrüßen und unterstützen. Die Praxis muß zeigen, wo noch Verbesserungen nötig sind.

Auch das Ziel der TA-Sonderabfall, bundeseinheitliche Anforderungen an die Entsorgung von Abfällen nach dem Stand der Technik festzulegen und die umweltfreundlichste Entsorgungsart vorzuschreiben sowie den Vollzug entsprechend zu überwachen, ist unterstützenswert; allerdings ist dieses Ziel bisher nur teilweise erreicht worden:

- Bis jetzt liegt nur der erste Teil der TA-Sonderabfall vor. Der zweite Teil der TA-Sonderabfall, der Anforderungen an die oberirdische und untertägige Ablagerung enthalten wird, soll Mitte 1989 vorgelegt werden.
- Der Inhalt der TA Sonderabfall Teil I ist ebenfalls unvollständig. Die Zuordnung von Abfällen zu Entsorgungswegen und Entsorgungsverfahren bezieht sich auf Zuordnungskriterien des Anhanges D auf Seite 84. In diesem Anhang sind jedoch die entscheidenden Werte für Schwermetalle wie Blei, Cadmium, Chrom, Quecksilber oder auch Werte für Phenole, Chloride, Zyanide oder Nitrate nicht festgelegt. Insgesamt sind in diesem entscheidenen Anhang nur sieben Werte festgelegt, 17 Werte sind noch offen.

- Der Anhang B mit Vorschriften über Probenahmen und Analyseverfahren zur Untersuchung von Abfällen bezieht sich immer wieder auf den Anhang D, in dem die entsprechenden Werte noch nicht festgelegt sind. Es liegt in der Logik dieser Technischen Anleitung, daß, solange die Werte in Anhang D nicht festgelegt sind, auch die Analyseverfahren die Grundlage für die Beurteilung der Zuordnung von Abfallarten sind, nicht entsprechend ausgeführt werden können.
- Das Kapitel „sonstige Entsorgungswege“ (Seite 13 TA-Sonderabfall Teil I) wird nicht weiter konkretisiert. Hier wird, wie im Anhang D, auf den zweiten Teil der TA-Sonderabfall verwiesen.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß die Technische Anleitung Sonderabfall Teil I ein Schritt in die richtige Richtung ist, aber es ist nur ein halbherziger Schritt. Erst wenn das Regelwerk TA-Abfall insgesamt vorliegt, wird eine abschließende Beurteilung möglich sein.

Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Bundesregierung bisher auf entscheidende Instrumente zur Verminderung der Abfallberge verzichtet hat:

- Bereits im Dezember 1984 forderte die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Konzept für eine umweltverträgliche Abfallwirtschaft eine Schadstoffabgabe für Problemstoffe und Problemprodukte beziehungsweise -produktionen. Eine solche Schadstoffabgabe wurde bisher von der Bundesregierung nicht aufgegriffen, wenn auch bei Einführung der TA-Sonderabfall damit gerechnet werden kann, daß die Kosten für die Entsorgung der Sonderabfälle steigen und damit ein Anreiz zur Müllvermeidung und-verwertung entsteht.
- In dem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Novellierung des Abfallgesetzes“ von 1988 wird gefordert, die Erzeuger von Sonderabfällen zu verpflichten, konkrete Reduzierungs- und Verwertungsprogramme aufzustellen. Darüber hinaus soll ein Abfallwirtschaftsprogramm mit dem Ziel erarbeitet werden, bis 1990 das Abfallaufkommen im industriellen, gewerblichen und Hausmüllbereich um 20 Prozent zu senken und die Verwertungsquote von Wertstoffen und Kompost auf bis zu 50 Prozent zu erhöhen. Diese Ansätze gehen weit über das hinaus, was jetzt mit dem ersten Teil der TA-Sonderabfall angestrebt wird.

(-/20.3.1989/rs/ks)

Allzu selbstgerecht und selbstvergessen

Zu Helmut Schmidts Kollektiv-Aussage über das fehlende „geistige Niveau der deutschen Politiker“

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Helmut Schmidts jüngste Äußerungen über die „Einfachung des geistigen Niveaus der deutschen Politiker insgesamt“, über die „Vernachlässigung des moralischen Bewußtseins“, über nur noch kleingeschriebenes Verantwortungsbewußtsein sind ja nicht überraschend. Sie setzen eine nun schon langjährige Serie abschätziger Bemerkungen über heute handelnde Politiker fort. Neu ist nur die weitere sprachliche Zuspitzung und eine Pauschalität, die lediglich noch bei der Person des Bundespräsidenten eine gnädige Ausnahme macht.

Bei einer so tobakhaltigen Kollektivbeschimpfung muß sich jeder, der heute politisch tätig ist, mit angesprochen und auch zu einer Antwort legitimiert fühlen. Ich respektiere die Sorgen, die sich Helmut Schmidt über die Frage macht, ob und wie die Politik den umfassenden Aufgaben der Zukunft noch gerecht werden kann. Ich teile diese Sorgen und betrachte den Ablauf des allzu routinisierten politischen Tagesbetriebes mit großer Skepsis. Aber Schmidts Pauschalverdikt ist dennoch nicht erträglich, weil oberflächlich und allzu selbstgerecht und selbstvergessen. Helmut Schmidt hat kräftig ausgeteilt - aber wer dies so tut, sollte mit Antworten rechnen dürfen, die er auch persönlich einstecken muß.

Helmut Schmidts Aussage ist selbstgerecht, weil er doch zweifellos zu denen gehört, die maßgeblich die politische Handlungskultur mitgeschaffen haben, die er heute als unzulänglich geißelt. Daß die Politik heute keine zusammenhängenden Konzepte gegenüber großen nationalen und internationalen Herausforderungen zustande bringt, hängt ja vor allem damit zusammen, wie seit Jahr und Tag politische Akteure auf der parlamentarischen Ebene und in Regierungen in ein viel zu spezialisiertes Handlungs- und Laufbahnmuster hineingezwungen werden. Wie oft hat Helmut Schmidt diejenigen vereinfachend als Spinner abgetan, die mit ihm unbequemen Meinungen und Haltungen aufwarteten, obwohl sie sich später als richtig herausstellten. Das Verharren politischen Tuns im kleinen Karo, die Unfähigkeiten, über den Tellerrand politischen Spezialistentums hinauszuschauen, sind Eigenschaften, mit denen auch Helmut Schmidt vorlieb genommen hat, wenn es um andere als um ihn ging. Daraus entstand eine politische Handlungs- und Beförderungskultur, die heute offensichtlich nicht mehr genügt - und an deren Entwicklung Helmut Schmidt höchstpersönlich einen großen Anteil hat.

Schwerer wiegt jedoch die Selbstvergessenheit, mit der Helmut Schmidt vor allem die jüngere Generation hochmütig abqualifiziert und demgegenüber seine Generation auf einen politischen Olymp stellt. Unbestreitbar hat die Generation Helmut Schmidts, die über mehrere Jahrzehnte maßgeblich den Aufbau und die Konsolidierung der Bundesrepublik prägte, große Verdienste.

Aber unübersehbar ist auch, daß die jüngere Generation heute ein Gebirge von Problemen abtragen muß, für deren Entstehen Helmut Schmidt und seine Generation verantwortlich sind. Wenn wir es heute mit einem wachsenden Verdruß gegenüber Politikern und Parteien zu tun haben, dann liegt das vor allem an politischen Hinterlassenschaften der hochgelobten älteren Generation, die heute nur noch äußerst schwer und nur allmählich abgearbeitet werden können:

- Der elend wuchernde EG-Agrarmarkt mit den Folgen des Verbraucher- und Bauernprotestes;
- das Fehlprojekt des Schnellen Brüters, die jahrelange Vernachlässigung der Förderung regenerativer Energien und der Energieeinsparung, die zukunftsblinde Vernachlässigung der Umweltfrage gehen ganz unmittelbar auf das Konto Helmut Schmidts und sind Kernursachen für das Protestpotential, mit dem die heutige Generation konfrontiert ist;
- die Überrüstung und die dramatischen Fehlentwicklungen von Ressourcen im Nord-Süd-Verhältnis, die atomaren over-kill-Kapazitäten sind ebenfalls eine Hypothek der Generation, die Helmut Schmidt mit repräsentiert;
- die Entwicklung des neuen Protestpotentials in Form von Stimmen für die Republikaner hat nicht seine Ursachen in Attitüden heutiger Politiker, sondern in früher entstandenen Regelungen wie dem überzogenen Fremd-Rentengesetz oder dem Deutsch-Polnischen Sozialhilfeabkommen, die das Gerechtigkeitsempfinden zahlreicher Mitbürger verletzen;
- das katastrophale Desaster der Neuen Heimat und auch der coop mit seinen demoralisierenden Folgewirkungen hat viel mit Weggefährten Helmut Schmidts, aber nichts mit der jüngeren Generation zu tun - die gleichwohl die Folgen zu spüren hat.

Solche Beispiele ließen sich in durchaus beträchtlichem Maße fortsetzen. Aus all diesen Gründen sei Helmut Schmidt daran erinnert, daß auch er guten Anlaß zur Selbstkritik und zu bescheideneren Äußerungen über andere hätte. Nahezu alle Fehlentwicklungen, die zu Recht Kopfschütteln und Protest hervorrufen, mit denen man heute konfrontiert ist und fertig werden muß, fallen in die unmittelbare Verantwortung jener Älteren, die heute überheblich auf die jetzige Generation herabschauen. Helmut Schmidt sollte sich gelegentlich an die eigene Nase fassen, ehe er sich weiter herablassend äußert. Für seine Politik - bei allen sonstigen Verdiensten - gilt gerade das, was er der heutigen Generation ankreidet: mangelnde politische Weitsicht.

(-/20.3.1989/rs/ks)

Schwerbehinderte immer länger arbeitslos

Appelle von Blüm ohne Wirkung

Von Klaus Kirschner MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Schwerbehinderte sind immer länger arbeitslos. Nach der neuesten Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit beträgt die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit für Schwerbehinderte inzwischen 22,3 Monate, also fast zwei Jahre.

Die von der schwarz-gelben Koalition im Sommer 1986 durchgesetzte massive Verschlechterung des Schwerbehindertengesetzes hat das Gegenteil bewirkt, was die Bundesregierung angeblich erreichen wollte, nämlich die Einstellungs- und Beschäftigungschancen Schwerbehinderter zu erhöhen. Der Appell des Bundesarbeitsministers an die Adresse der Arbeitgeber „Schwerbehinderte auf dem Arbeitsmarkt nicht zu übergehen“, ist bisher wirkungslos geblieben.

Mit frommen Sprüchen ist es nicht getan, gefordert sind Taten. Das Schwerbehindertengesetz muß positiv fortentwickelt werden. Notwendig ist die Erhöhung der Ausgleichsabgabe bei Nichtbeschäftigung Schwerbehinderter auf 400 DM monatlich, notwendig ist ebenso die Einführung einer erweiterten Berichtspflicht der Bundesanstalt für Arbeit über die Erfüllung der Beschäftigungspflicht durch öffentliche und private Arbeitgeber. Diese Zahlen müssen laufend auf den Tisch, damit die Parlamente aller Ebenen Druck machen können. Zu erinnern ist auch an die Tatsache, daß 30.000 Werkstattplätze für die Schwerbehinderten fehlen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht untergebracht werden können.

Wir fordern erneut ein Ende der „Wende“ zu Lasten der Schwerbehinderten, die Behinderten dürfen nicht länger im Abseits stehen.

(-/20.3.1989/rs/ks)

* * *